

„rung in das muslimische Denken“, das am 25. Dezember 1968 in Algier stattfand. Saadouni ging von der Frage aus, warum die muslimischen Staaten immer noch rückständig und unterentwickelt seien. Die muslimischen Staaten hätten auf dem Weg der Erneuerung in den letzten 100 Jahren das Wesentlichste verloren, nämlich das Bewußtsein ihrer organischen Einheit. Es sei eine neue Zivilisation zu schaffen, meinte Saadouni, nicht etwa in den Parzellen, welche Tunesien, Pakistan oder Indonesien heißen, sondern im alten Raum der muslimischen Zivilisation, der sich über drei Kontinente er-

streckt. Man müsse sich vor vielversprechenden Illusionen hüten. Vielmehr müsse man angemessene Wege einer Erneuerung suchen, auf welchen die muslimische Authentizität bewahrt werden könnte.

Keine panislamische Renaissance

Der Wert solcher Äußerungen, die eine aus dem Munde eines konservativen Monarchen, die andere von einem Minister in einer sozialistischen Regierung, sollten nicht überschätzt werden. Sie sind keineswegs Anzeichen für ein Wiedererstarken panislamischer Bewegungen; sie sind,

politisch betrachtet, ganz einfach unrealistisch, denn die gemeinsame Religion etwa Indonesiens und Marokkos wird niemals eine wirkliche Brücke zwischen diesen Staaten bilden, weder in kultureller noch in politischer Hinsicht. Solche Äußerungen sind vielmehr symptomatisch dafür, daß die Formeln „arabischer Nationalismus“ oder „arabischer Sozialismus“ gerade nach dem Ende des Kolonialregimes in allen arabischen Staaten nur geringe integrierende Kraft haben, weil sich bis heute fast alle Araber nur als Muslimen verstehen können, selbst dann, wenn sie weitgehend laiziert sind.

Vorgänge und Entwicklungen

Zeichen der Gärung im französischen Klerus?

In vier Teilaspekte läßt sich die lebhafte Debatte über den sozialen Status des Priesters, die gegenwärtig in Frankreich in Presse, Rundfunk und Fernsehen geführt wird und an der sich Priester, Laien und Bischöfe beteiligen, aufschlüsseln: die Frage der bezahlten Lohnarbeit, des Pflichtzölibats, des Verhältnisses zur kirchlichen Autorität und des politischen und gewerkschaftlichen Engagements. Wie kam es zu dieser Debatte?

Der unmittelbare Anlaß zur Diskussion, die wohl heute keinen französischen Kleriker unbeteiligt läßt, war die Veröffentlichung eines Briefes, ohne daß die Bischöfe vorher von seinem Inhalt in Kenntnis gesetzt wurden. NC News Service will allerdings wissen (16. 1. 69), daß die Unterzeichner des Briefes die Bischöfe vorher inoffiziell von ihm unterrichten wollten und daß die Veröffentlichung der Indiskretion eines Journalisten zuzuschreiben sei, die sich jedoch nicht beweisen lasse. „Le Monde“ (14. 11. 68) behauptet, Erzbischof *F. Marty* habe in seiner Eröffnungsansprache auf der vorjährigen Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz in Lourdes die Existenz dieses Briefes angedeutet.

Ein Brief, der Aufsehen erregte

Dieser Brief, der am 14. November 1968 von „Le Monde“ in großen Auszügen, von „La Croix“ am 22. des gleichen Monats in vollem Wortlaut veröffentlicht wurde, greift das Problem des sozialen Status des französischen Priesters auf, der durch zahlreiche Gegensätze „unerträglich“ geworden sei: vor allem durch den Gegensatz zwischen dem Inhalt der Glaubensverkündigung und der Lebensweise des Klerus, zwischen dessen Lebensweise und der der übrigen Menschen. Drei Gründe werden dafür angegeben: 1. Die Abhängigkeit von den heutigen Strukturen der Kirche, welche die Personwürde, das psychologische Gleichgewicht und manchmal sogar die Existenz des Priesters selbst treffe; 2. das vom „System“ betriebene Hinausschieben der vom Konzil gewünschten Reform des priesterlichen Lebensvollzugs und 3. die Sackgasse, in die

der Klerikerstand als „Kultfunktion“ die Priester führe. Das von den Unterzeichnern angestrebte Ziel ist die Eingliederung des Priesters in die Welt von heute als integralen Teil der notwendigen Eingliederung der Kirche in diese Welt. Dies könne geschehen durch die Übernahme von Lohnarbeit. Diesen Entschluß hätten einige der Unterzeichneten gefaßt, „ohne von außen dazu berechtigt worden zu sein“. Neu an diesem Schritt sei nur sein kollektiver Aspekt. Das Übergehen der Bischöfe bei dem Entschluß wird damit begründet, daß beim „heutigen Stand der Dinge die Voraussetzungen für einen Dialog nicht gegeben sind“. Der Dialog als solcher wird nicht abgelehnt, doch müsse er „in einem Verhältnis der Gemeinsamkeit“, nicht der „Unterordnung“ geführt werden. Ebenso wird die apostolische Autorität als solche keineswegs in Frage gestellt, lediglich ihre geschichtlichen Vollzugsformen. Ihre Initiative wolle als Schritt innerhalb der Kirche verstanden werden. Außer den bereits genannten Diskussionspunkten werden folgende Forderungen aufgestellt: kollektive Ausübung des Rechtes auf Beratung und Entscheidung im Leben der Kirche, Teilnahme an der Entscheidung über Ernennung und Versetzung von Priestern und Bischöfen, mündliche und schriftliche freie Meinungsäußerung, Teilnahme an den Entscheidungen über die Auswahl und Ausbildung des Priesternachwuchses.

Die unterzeichneten Priester schlagen vor, eine „Ständige Versammlung“ zu bilden, wo Priester und Bischöfe — unter Beteiligung von Laien — gemeinsam an der Lösung der aufgeworfenen Probleme arbeiten. Dieser Brief mit Datum vom 3. November 1968, der anfangs von rund 50 Priestern vornehmlich aus dem Pariser Bezirk unterzeichnet und an rund 2000 Priester zur Unterschrift versandt wurde und auch an die Bischöfe gerichtet war, soll inzwischen von 621 Priestern unterzeichnet worden sein.

Um das Dokument richtig einzuordnen, muß vor allem sein Grundanliegen gesehen werden. In einer „Erklärung“ (im wörtlichen Sinne) vom 19. November („Le Monde“,

28. 11. 68) stellten die Unterzeichner klar, daß ihr Grundanliegen die Verkündigung heute sei, der sich in ihrer Sicht die überkommene Lebensweise des Priesters und sein gesellschaftlicher Status überhaupt als eines der wesentlichsten Hindernisse entgegenstelle. Damit werde jedoch die grundsätzliche Sendung des Priesters und deren Abhängigkeit von der kirchlichen Autorität von ihnen nicht geleugnet. Ihre genaue Umschreibung sei Sache der Gesamtkirche (von Laien, Priestern und Bischöfen). Ihnen gehe es im Kern um ein evangeliumsgerechteres Zeugnis.

Ein Bündel von Problemen

Mit diesem Grundanliegen setzt sich *H. Holstein* (Pour un nouveau statut social du prêtre français, „Études“, Februar 1969, S. 263 ff.) auseinander. Das theologische Wesen des Priestertums erfordere keinen festumschriebenen und unveränderlichen sozialen Stand. Es sei Teilnahme am Priestertum Christi für den Dienst am Volk Gottes und der Menschheit, Teilnahme am Amt der Apostel. Dieses Dienstamt nehme seinen Anfang von der Verkündigung und vollende sich in der eucharistischen Feier („Presbyterorum ordinis“, Abschnitt 2). Diese Teilnahme am Apostelamt verwirkliche sich jedoch konkret notwendig in einem kultur- und zeitgeschichtlich geformten und (darum relativen) sozialen Status. So sei der Priester heute auf der Suche nach einem neuen Leitbild, da das frühere von ihm selbst und vom heutigen Menschen weitgehend in Frage gestellt wird. Hier dürfte sich aber auch das geschärfte Bewußtsein von personaler Würde und Freiheit des einzelnen auswirken. Von daher wird dann der Widerstand gegen eine bürokratische „Obrigkeit“ verständlich, gegen den Formalismus feststehender überkommener Aufgabenverteilung z. B. in der Pfarrseelsorge, welche dem zuletzt gekommenen Priester jeweils die unscheinbarsten und unangenehmsten Arbeiten „überträgt“, nur weil es schon immer so gewesen sei. Seit seinem Eintritt ins Seminar fühle sich der Priester „von oben“ beobachtet, so daß nicht selten der Eindruck entstehe, er sei innerhalb des kirchlichen Apparates ein „ewig Minderjähriger“. Dieses Gefühl verstärke sich durch seine finanzielle Abhängigkeit von Meß- und Stolgebühren, von der „Nächstenliebe“ bzw. den „Almosen“ der Gläubigen. Dadurch entstehe das Gefühl, man lebe von fremder Leute Arbeit, was wiederum sein psychologisches Gleichgewicht beeinträchtige. Darüber hinaus erinnere man sich an das, was im Dekret über die zeitgemäße Erneuerung des Ordenslebens („Perfectae caritatis“, Abschnitt 13) steht: „Alle sollen sich — jeder in seiner Aufgabe — dem allgemeinen Gesetz der Arbeit verpflichtet wissen.“ Diese Implikation ihres Satzes dürften die Konzilsväter freilich nicht vorausgeahnt haben. Wesentlich tiefer jedoch sitzt (nach Holstein) ein „spirituelles Unbehagen“ vieler Priester in der Pfarrseelsorge. Sie werden oder sind — durch den Zwang der Umstände — „Verwalter der Sakramente“, „Funktionäre des Kultes“ geworden. Begräbnisse, Taufen, Eheschließungen, alle in ihren Zeremonien vom Kirchengesetz mehr oder weniger genau vorgeschrieben, verzehren Kraft und Zeit. Was bleibt für die Verkündigung? Dieses Unbehagen verdeckt bzw. offenbart die tiefer liegende Frage, was denn eigentlich der Priester sei. *J. Moingt* hat in seinem jüngsten Beitrag „Caractère et ministère sacerdotal“ („Recherches de Science Religieuse“, Nr. 4, 1968, S. 563 bis 589) gezeigt, daß die Theologie über das Priesteramt

immer noch zwischen den zwei Polen der Verkündigung und des Vollzugs ritueller Funktionen schwanke. *Moingt* weist darauf hin, daß ja erst nach dem fünften Jahrhundert der Vorrang des Verkündigungsamtes rechtlich und faktisch gebrochen und von einer ritualistischen Auffassung der priesterlichen Funktionen abgelöst worden ist, die vor allem nach dem Konzil von Trient an die Feier der Eucharistie gebunden waren. Das Dekret des Zweiten Vatikanums über Dienst und Leben der Priester schließe einen Kompromiß zwischen diesen beiden Auffassungen, die sich auch heute noch deutlich gegenüberstünden und auch in die Reaktionen auf den sog. „Brief der 120“ eingeflossen sein dürften. Die nach Thomas von Aquin zum Durchbruch gekommene Theologie des priesterlichen Prägemaßes, welche das Priestertum als auf den Ritus hingebunden umschreibt, habe tatsächlich seine „Klerikalisierung“ zur Folge gehabt. Danach erscheint der Priester als ein „Abgesonderter“, der sich von den anderen Menschen in Kleidung, Lebensweise und Sprache zu unterscheiden habe, der Diener der Eucharistie sei, wo er den Platz der Engel einnehme und dem Vater das himmlische Opfer darbringe. Diese Spiritualität des Priesters als eines Abgesonderten, Geweihten, ganz auf das Jenseits Ausgerichteten wird eben von den Unterzeichnern des Briefes als unvereinbar mit ihrer Auffassung von dessen missionarischer Sendung angesehen.

Zustimmung und Kritik

Die von verschiedenster Seite ausgehende Reaktion auf den Brief kann man formal mit einem „Ja, aber...“ charakterisieren, wobei die „aber“ überwiegen. Anerkannt wird durchweg das missionarische Anliegen der Unterzeichner, seine Bedeutsamkeit und Dringlichkeit, wenn es auch hinter der Kritik nicht immer klar hervorgetreten sei. Die Reaktion der Bischöfe ist in ihrem Grundtenor zurückhaltend, kritisch, z. T. selbstkritisch klarstellend. Es wird keine offizielle Verurteilung ausgesprochen. Man wollte die Tür zu Gesprächen nicht zuschlagen. Erzbischof *F. Marty* von Paris, der in einem verbindlichen Schreiben an alle Priester seiner Diözese („Documentation catholique“, 15. 12. 68) erklärte, daß auch „unsere Langsamkeit“ Hoffnungen enttäuschen könne, betonte das gemeinsame Engagement aller, stellte jedoch auch klar, daß der gemeinsame Dialog die „Anerkennung der Kirche und ihrer Sendung“ voraussetze. Er richtete an die Unterzeichner drei konkrete Fragen: 1. Was können wir Priester persönlich und gemeinschaftlich tun, um unser Zeugnis evangeliumsgetreuer zu machen? 2. Welche wirklichen Änderungen unserer priesterlichen Lebensweise können heute angegangen werden? 3. Welche Umwandlungen kirchlicher Strukturen können da, wo ihr lebt, vorgenommen werden? Im Sinne dieser Fragen soll das Thema auch die nächste außerordentliche Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz (vom 27. bis 29. Mai 1969) beschäftigen, wie es in der Erklärung des „Ständigen Rates der französischen Bischöfe“ („La Croix“, 14. 12. 68) heißt. Die Priester sollen an der Vorbereitung dieser Vollversammlung mit den Bischöfen zusammenarbeiten. Mit ihr wurden vom „Ständigen Rat“ die vier Bischöfe *M. Maziers* (Bordeaux), *J. Sauvage* (Annecy), *M. Vial* (Nantes), *A. Le Bourgeois* (Autun) beauftragt. Damit erkennen die Bischöfe die Berechtigung und Dringlichkeit des aufgeworfenen Problems an. Gleichzeitig stellen sie aber in der genannten Erklärung unpolemisch, aber eindeutig

klar: 1. Das Priesteramt könne nur „in Abhängigkeit wie in Gemeinschaft mit dem Bischof“ ausgeübt werden; der Priester sei Mitarbeiter des Bischofs und empfangen von ihm seinen kirchlichen Auftrag. 2. Durch die Weihe werde er aus-, aber nicht abgesondert. Er werde geweiht für die Verkündigung und die Feier der Eucharistie. Das Amtspriestertum sei keine akzidentelle Funktion. 3. Das Priestertum fordere den „Geist des Evangeliums“; Armut, Keuschheit und Gehorsam sollen die Liebe Gottes zu den Menschen allen sichtbar werden lassen.

Die zum 11. Januar 1969 einberufene Priesterversammlung bezeichnete das vom „Ständigen Rat“ Mitte Dezember 1968 herausgegebene Kommuniqué als eine Initiative, welche die dem „Priesteramt wesentliche Verbindung mit dem Bischof verkenne“ („La Croix“, 14. 12. 68) und daher nicht zugelassen werden könne. H. Holstein (a. a. O.) sieht im Übergehen der Bischöfe noch eine Folge einer „gewissen Art mittelalterlicher und feudaler Beziehungen“ zwischen Priestern und Bischöfen, die beide noch nicht zu einem unbefangenen Verhältnis zueinander gefunden hätten. Das theoretisch anerkannte Prinzip der Mitverantwortung des Priesters in der gemeinsamen Teilhabe beider am Priesteramt Christi bestimme eben in der Praxis noch nicht die beiderseitigen Beziehungen. Auch dürfe die Gefahr einer Spaltung der Priester nicht übersehen werden, wenn auch die 621 Unterzeichner von einer Gesamtzahl von etwas über 40 000 Priestern nur 1,55 % ausmache.

Auseinander gehen die Meinungen der Unterzeichner und der Bischöfe in der Frage der Lohnarbeit („La Croix“, 15. 1. 69). Während die Unterzeichner in ihr ein Mittel zur Existenzsicherheit zu sehen scheinen, wird sie vom Episkopat als Mittel der Evangelisierung eines bestimmten Milieus angesehen. Nach H. Holstein (a. a. O.) hätten die Unterzeichner auch die hierin steckenden Probleme zu wenig bedacht: ihren Mangel an Erfahrung, an Berufsausbildung, gesundheitliche Schwierigkeiten, die unkritische Gleichsetzung von bezahlter Arbeit mit der Arbeit des Arbeiters. Es bleibe fraglich, ob diese „Gehaltsromantik“ das gewünschte psychologische Gleichgewicht herbeiführen werde.

Die Fronten klären sich

Das am 11. und 12. Januar 1969 stattgefundene nationale Treffen der Unterzeichner, die den Namen „Echanges et Dialogue“ angenommen haben, hat zu einer weiteren Klärung der Situation beigetragen. Bezeichnend ist dafür der Wechsel des Terminus. Es war keine „Versammlung“ mehr, sondern die Zusammenkunft wurde — bescheidener und unverfänglicher — als „Treffen“ bezeichnet. Die verabschiedete Motion über die Autorität in der Kirche wurde erst den Bischöfen und dann der Presse zugestellt. Das Projekt einer „Ständigen Versammlung“ wurde aufgegeben, da man nicht für die ganze Kirche entscheiden könne.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit kamen 332 Priester, die von weiteren 211 Abwesenden bevollmächtigt waren, in der Pariser Pfarrei Saint-Lambert de Vaugirard zusammen. Alle französischen Diözesen waren vertreten. Aus den Nachbarländern, vor allem aus Belgien, waren Beobachter gekommen. Drei protestantische Pastoren, in Paris lebende vietnamesische Geistliche sowie verschiedene Laiengruppen solidarisierten sich in Telegrammen oder Erklärungen mit dem Treffen. Bereits vorher wurde in einem vom Sekretariat der Unterzeichner-Priester her-

ausgegebenen Rundbrief klargestellt, daß dieses Treffen keinen Bruch mit den Bischöfen intendiere, sondern gerade die Voraussetzungen für einen echten Dialog mit ihnen schaffen wolle. Man sei bereit, in Zusammenarbeit mit dem gesamten Volk Gottes festzustellen, was „Mission“ sei. An der Lohnarbeit jedoch als einem Ausdruck der Ablehnung des gegenwärtigen klerikalen Status des Priesters wurde festgehalten. Dieser klerikale Status müsse von der priesterlichen Funktion und Sendung unterschieden werden.

Das am 12. Januar 1969 herausgegebene Kommuniqué („La Croix“, 14. 1. 69) gibt einen knappen Überblick über den Ablauf des Treffens. Fünf Themen standen auf der Tagesordnung: 1. Unsere Gruppe und ihre Zukunft; 2. die Autorität in der Kirche; 3. die Zölibatsfrage; 4. das Problem der Lohnarbeit und 5. das politische und gewerkschaftliche Engagement. Nur die ersten zwei Themen kamen zur Abstimmung. Die übrigen sollen später auf kommenden Treffen behandelt werden, deren Datum jedoch noch nicht feststeht. Von einer Konzelebration habe man aus Protest gegen die „Diskriminierung“ verheirateter Priester, von denen einige anwesend waren, Abstand genommen. Das Ziel der Gruppe bleibe die Änderung des gegenwärtigen unangemessenen klerikalen und sozialen Status des Priesters, das so lange verfolgt werde, bis es erreicht sei. Bei dem Interview am Ende der Tagung war eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Presse zu beobachten.

Der Antrag über die Autorität in der Kirche wurde mit 425 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen angenommen. Zwei machten Vorbehalte geltend, drei enthielten sich der Stimme. Die Resolution stellt die apostolische Autorität des Evangeliums und deren Ausübung dem aus dem römischen Recht stammenden imperialen, sich selbst genügenden Autoritätsprinzip gegenüber. Nicht die Autorität in der Kirche überhaupt, sondern eine bestimmte Art von Autorität wurde abgelehnt. Die apostolische Autorität sei „völlig durch die Verkündigung der Frohbotschaft an die Armen umschrieben und eingegrenzt“. Die Autorität in der Kirche dagegen vollziehe sich zu oft als „Beherrschung der Gewissen“, als pastoraler Dirigismus, der fundamentale Rechte des Menschen beeinträchtigt. Diese klerikale Autorität sei gekennzeichnet durch die kirchliche Bürokratie, einen autoritären Paternalismus (der keine Mitverantwortung zulasse), den Verzicht auf Selbstkritik, die Existenz eines kirchlichen Apparates, der Karrieren ermögliche. Die apostolische Autorität dagegen müsse im Gehorsam gegenüber dem Geist begründet sein, der der ganzen Kirche gemeinsam sei, sie müsse die Initiativen der Gemeinden fördern, koordinieren und bevollmächtigen und vom ganzen Volke Gottes getragen sein. Sie solle stets nur vorübergehend ausgeübt werden.

Anlässlich dieses Treffens nahm Y. Congar („La Croix“, 10. 1. 69) zur Frage einer gesamt-nationalen Vertretung der Priester Stellung. Er hielt sie für möglich. Im Gegensatz zum Episkopat, der auf nationaler Ebene organisiert sei, gebe es für die Priester eine gemeinsame Repräsentation nur auf diözesaner Ebene in den nachkonziliaren Priesterräten. Einer gesamt-nationalen Repräsentation stehe im Prinzip nicht entgegen, wenn zwei Bedingungen gewährleistet bleiben: 1. nichts als feststehend und angenommen zu betrachten, was die Bischöfe oder der Papst nicht bestätigt haben und 2. den normativen Kriterien gegenüber den soziologischen und politischen Tatsachen den Vorrang zu geben, da letztere nicht normativ sein könnten.

Priester und Bischöfe gemeinsam

Der Ständige Rat des französischen Episkopats gab am 10. Februar 1969 („La Croix“, 12. 2. 69) eine Erklärung über die Vorbereitung der nächsten Vollversammlung des Episkopats, über die Autorität und den Priesterzölibat heraus, die zugleich als Antwort auf die Resolution der Gruppe „Echanges et Dialogue“ gewertet werden kann. Die Erklärung stellt die gemeinsame Verantwortung von Priestern und Bischöfen in der Suche nach einer Lösung der aufgeworfenen Fragen heraus. So soll — nach einem gleichzeitig vom Generalsekretariat herausgegebenen Communiqué — über Amt und Lebensweise von Priestern und Bischöfen heute in allen Diözesen eine Untersuchung durchgeführt werden, an der sich Priester und Bischöfe gemeinsam beteiligen sollen. Die eingegangenen Antworten werden zentral geordnet und unter Hinzuziehung von Diözesanpriestern ausgewertet werden. Die wesentlichen Punkte sollen dabei für die kommende Vollversammlung im Mai festgehalten werden.

Kontroverse um das CIDOC-Institut in Cuernavaca

Katholische Priester und Ordensleute werden künftig nur noch illegal an Kursen in einem der bedeutendsten wissenschaftlichen Forschungs- und Dokumentationszentren Lateinamerikas teilnehmen können. Die römische Glaubenskongregation hat Ende Januar 1969 allen römisch-katholischen Priestern und Ordensleuten ab sofort verboten, in irgendeiner Weise mit dem mexikanischen „Centro Intercultural de Documentación“ (CIDOC) zusammenzuarbeiten. Ein entsprechendes Dekret, unterzeichnet vom Kongregationspräfekten Kardinal *F. Šeper*, ging dem Bischof von Cuernavaca, *S. Méndez Arceo*, zu. Über diese definitive Anordnung sollen alle Bischöfe und Ordensoberen in Latein- und Nordamerika informiert worden sein, die es betrifft. Auf Anfragen nach den Motiven des Verbots ist bislang in Rom geschwiegen worden. Diese Geheimverfahrensweise gab wieder Anlaß zu verschiedenen Spekulationen. Aber die bisherigen Deutungsversuche der disziplinarischen Maßnahme befriedigen nicht. CIDOC ist keine kirchliche Institution. Das interkulturelle Dokumentationsinstitut hat seit 1963 den Status einer zivilen mexikanischen Körperschaft. Eine ausdrückliche Distanzierung Roms von CIDOC war folglich nicht nötig. Prälat *I. Illich*, der Institutsgründer, ist seit längerer Zeit nicht mehr Direktor und war nie „Geistlicher Leiter“ von CIDOC. Er ist einfaches Mitglied des fünfköpfigen Direktionsrates des Instituts, dem eine Mexikanerin vorsitzt. CIDOC-Direktorin ist *V. Borremans*, Generalsekretärin *E. Hollants*. Somit kann Illich kaum, wie in der deutschen Presse berichtet wurde, aufgefordert worden sein, eine Leitung niederzulegen, die er nicht mehr innehatte. Die Vermutung, Rom habe mit diesem Schritt die Zweifel an der „Rechtgläubigkeit“ des umstrittenen Institutsgründers ausdrücken wollen, trifft auch nur zum Teil zu. Illich untersteht als Priester nicht der Autorität des Bischofs von Cuernavaca. Er ist Priester der Erzdiözese New York und hatte noch im Oktober 1967 von Kardinal *Spellman* die Erlaubnis erhalten, einen weiteren Fünfjahresvertrag mit CIDOC zu unterzeichnen. Diese Erlaubnis wurde im September 1968 von *Spellmans* Nachfolger, Erzbischof *T. Cooke*, bestä-

Zur Autoritätsfrage stellt die Erklärung nochmals klar, daß Bischöfe wie Priester gut wissen, daß ihre Autorität kein Privileg sei, das sie absondere oder über andere stelle, sondern Dienst an der Verkündigung. Über die Vollzugsformen dieser Autorität und ihre Bedingungen müssen sich Priester und Bischöfe in einem gemeinsamen Gespräch klarwerden. „Wir wollen mit dem Volk Gottes alles gemeinsam prüfen und nichts im dunkeln lassen.“ Änderungen müssen im Lichte der Sendung der Kirche vorgenommen werden. „Wenn wir genau wissen, wessen Priester wir sind und für wen, dann werden wir auch besser erkennen, wie wir Priester sein sollen.“ In der Frage des Zölibats bitten die Bischöfe die Priester, die Gründe zu vertiefen, weshalb die Kirche Priestertum und Ehelosigkeit verbinde. Laisierten Priestern würden keine priesterlichen Apostolatsaufgaben übertragen werden. Wenn auch die gemeinsame Reflexion die Konfrontation nicht ausschließe, so schließe sie jedoch das gegenseitige Vertrauen und die Gemeinschaft in der Lehre des Zweiten Vatikanums ein.

tigt („Excelsior“, 23. 1. 69). Sollte somit Illich persönlich zurechtgewiesen werden, wäre der Adressat der Erzbischof von New York gewesen. Allerdings ist bekannt, daß sich mehrere mexikanische Bischöfe um die Rückversetzung Illichs nach New York bemüht hatten. Auch begann im Juni 1968 ein Verfahren der Glaubenskongregation gegen Illich. Der letzte Anstoß dafür waren wohl seine unkonventionellen Artikel über die US-Priesterhilfe in Lateinamerika (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 166) und den nach seiner Meinung „zum Aussterben verurteilten Klerus“ (vgl. „The Critic“, Juni 1967). Illich selbst hat jetzt aus Anlaß der Maßnahme gegen CIDOC sich über das römische Verfahren geäußert und die 85 Fragen, die ihm die Glaubenskongregation vorgelegt hatte, sowie sein Antwortschreiben an Kardinal *Šeper* zur Veröffentlichung freigegeben (Texte in „The National Catholic Reporter“, 12. 2. 69). So lautete die Frage zwei: „Stimmt es, daß sich in Ihnen seit Anfang 1960 unter dem starken Einfluß des Benediktiners und Psychoanalytikers *P. Lemerrier* und unter bedingungsloser Unterstützung seitens des Bischofs von Cuernavaca, Msgr. *Méndez Arceo*, eine gefährliche allgemeine Strömung neuer Ideen und desintegrierender Tendenzen entwickelt hat, die dem katholischen Glauben, der Tradition und der kirchlichen Disziplin schädlich sind?“ Der Fragenkatalog drückt nicht nur theologische Verdachtsmomente aus (Wesen der Taufe, Erbsünde, Beichte, Mariologisches etc.), sondern macht sich auch die Angriffe lateinamerikanischer Rechtskreise zu eigen, Illich und das CIDOC-Institut in Cuernavaca unterstützten subversive Gewaltaktionen. Illich wird ferner über seine Einstellung zur Personal- und Finanzpolitik der Kirche und über seine Meinung zu zahlreichen kirchlichen und politischen Persönlichkeiten befragt. Die Weigerung, diese Fragen zu beantworten, begründete Illich in seinem Schreiben an Kardinal *Šeper*: Das Verfahren und die Fragen seien „rechtswidrig“. Inquisitorische Fragen über dritte Personen seien unschicklich. Illich betont jedoch seine Loyalität gegenüber der Kirche und erklärt sich bereit, nachgewiesene Irrtümer zu widerrufen.